

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 16 Uhr. Bezugspreis monatlich 3 RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,20 RM. Zusätzl. Beiträge: Einzelnummer 10 Pf. Alle Abonnenten, die den Postboten unsere Zeitungen u. Geschäftsbriefe abholen, sind zu jeder Zeit an die Stelle höherer Gebühren oder an die Stelle des Postboten zu befragen. Die Zustellung erfolgt nur, wenn die Postzeitung über die Abgabe der Zeitungen Bescheid erhalten hat.



Angelgenpreise laut aufgegebenen Versteigerungs-Nr. 1. Jäger-Gehege: 20 Hekt. — Besondere der Gerichtsbarkeit und Wismutsteine werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Einzige in der Gegend. — Die Versteigerung am 10. Juni. — Wismutsteine werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Einzige in der Gegend. — Die Versteigerung am 10. Juni.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Rr. 131 — 98. Jahrgang

Bekanntmachungen des Landrates zu Meissen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rostock sowie des Forstrentamts Tharandt

Druckanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 9. Juni 1939

Segen wen kämpfte die Legion?

Die Einmischung des Bolschewismus und der Demokratie in Spanien

Die Presse der demokratischen Westmächte nahm den triumphalen Einzug der Legion Condor in Berlin zum Anlass, um wieder einmal mit neuen Lügen über angebliche Einmischung der autoritären Staaten in den Spanientonflikt aufzuwarten. Man verschweigt den Lesern dabei geistlich, daß die Plutodemokratien die ersten waren, die sich den Hispaniern zur Verfügung stellten und Seite an Seite mit dem Bolschewismus gegen das nationale Spanien kämpften.

100 000 Ausländer auf rotspanischer Seite

Wenn nun aber die Demokratien in diesem Zusammenhang von Einmischung reden, dann werden wir ihnen eine Rechnung aufmachen, die ihnen jede weitere Lust zu Verleumdungen nehmen soll. Befassen wir uns zunächst mit den demokratischen Soldnern, die auf rotspanischer Seite gekämpft haben. Der rotspanische Sender in Madrid hat am 15. April selbst zugegeben, daß die Schätzung Franco's, nach der 100 000 Ausländer auf rotspanischer Seite gekämpft haben, richtig ist. Im Anfang haben diese Hilfstruppen der Demokratie den ausfallenden Teil der rotspanischen Fronttruppen überhand genommen. Und wenn sich diese demokratischen Soldner ein Verdienst zuschreiben wollen, so ist es das, daß sie den Krieg in Spanien verlängert haben, der ohne ihre Hilfe in kürzester Zeit zugunsten Franco's entschieden worden wäre. Die meisten Hilfstruppen der Komintern kamen über die französische Grenze. Es liegen genaue Zahlen vor, wieviel „Freiwillige“ auf dem Landwege auf rotspanisches Gebiet übergetreten sind. Allein über die Stadt Figueras gingen vom April 1937 bis Februar 1938 insgesamt 43 197 Personen, die sich als Rekruten der französischen Volksfront auf rotspanische Seite schlugen.

Gesamte rotspanische Flugwaffe ausländischen Ursprungs

Auch über die Kriegsmateriallieferungen der rotspanischen Verbündeten liegen genaue Zahlen vor. An erster Stelle der Kriegslieferanten steht die Sowjetunion. Dann folgen Frankreich, England und die Vereinigten Staaten. Die gesamte Flugwaffe Rotspaniens war ausländischen Ursprungs. Der internationale Waffenhandel hat Unsummen verdient. Aus der Kriegsbeute, die General Franco gemacht hat, kann man sich ein Bild von dem Umfang der ausländischen Kriegslieferungen machen. Von dem Sowjet-Kriegsmaterial wurden 1138 Maschinengewehre, 809 Flugzeuge, 346 Geschütze und Mörser und 84 Tanks erbeutet. Vom französischen Kriegsmaterial fielen 577 Maschinengewehre, 139 Flugzeuge, 174 Geschütze und Mörser und 24 Tanks den internationalen Truppen in die Hände. An englischem Kriegsmaterial wurden 457 Maschinengewehre und 4 Mörser erbeutet und an Kriegsmaterial aus U.S.A. 639 Maschinengewehre, 33 Geschütze und Mörser und 17 Tanks. Seit dem ersten Tage des Kominternkrieges in Spanien rollte ohne die geringste Behinderung ununterbrochen ausländisches Kriegsmaterial über die französische Grenze nach Sowjetspanien, und die französischen Häfen waren die Umschlagplätze für riesige Mengen von Kriegsmaterial für Spanien. Für den Transport auf dem Seewege sind ein ganzes, französische und andere Schiffe in größtem Umfang eingesetzt worden.

Die Finanzhilfe der Komintern

Trotz allem hätte Spanien vielleicht noch nicht durchgehalten, wenn es nicht eine ausgiebige Finanzhilfe von den Komintern gehabt hätte. Die roten Bonzen in Valencia haben selbst einmal zugegeben, daß die Gelder, die von der Kommunistischen Partei, den Gewerkschaften und zahllosen Hilfsorganisationen stammten, und die insbesondere den Arbeitern in den demokratischen Ländern und in der Sowjetunion aus der Tasche gezogen wurden, rund 200 Millionen Franco's betragen. Bezeichnend ist, daß der gesamte im Besitz Rotspaniens befindliche Goldschatz im Werte von 700 000 Goldbarren in die Hände ausländischer Lieferanten überging. Große öffentliche Sammlungen wurden nicht zuletzt von den jüdischen Organisationen in U.S.A. zugunsten Sowjetspaniens veranstaltet.

Wichtige Lebensmitteltransporte

Zur Einmischung der Demokratie gehören auch die Lebensmitteltransporte, ohne die Sowjetspanien sehr bald gezwungen gewesen wäre, die Waffen zu strecken; denn es war nicht in der Lage, sich selbst zu ernähren. Mit den Lebensmitteltransporten haben die

London hat es eilig

Englischer Sonderbeauftragter reist nach Moskau zur Beschleunigung der Einkreisungsverhandlungen

Der Leiter der Zentralabteilung des englischen Außenministers, William Strang, wird als Sonderbeauftragter der britischen Regierung nach Moskau reisen. Strang wird sich wahrscheinlich am Freitag im Flugzeug nach Moskau begeben.

Die Unterhausdeklaration Chamberlains über die Entsendung Strangs nach Moskau wird in den Sowjetblättern überhaupt nicht erwähnt. Auch amtliche Moskauer Stellen enthalten sich jeder Stellungnahme zu dem Vorschlag Chamberlains, einen Sonderbeauftragten zur Beschleunigung der Verhandlungen nach Moskau zu schicken.

Die Londoner Presse ist nicht reiflos einverstanden mit der Entsendung Strangs nach Moskau. „Daily Herald“ z. B. meint, es würde weitaus besser gewesen sein, wenn man sich zu einem derartigen Schritt bereits schon vor Wochen entschlossen hätte. Immerhin tue man diesen Schritt besser jetzt als nie. Die „Times“ kritisiert die Tatsache, daß nur ein Beamter des Foreign Office entsandt wird, und meint, man hätte Lord Halifax mit entsprechenden Vollmachten nach Moskau schicken müssen.

Was soll Strang in Moskau?

Ohne daß sich die britische Regierung im voraus befaßt, soll Strang in Moskau versuchen, die noch bestehenden Differenzen zu beseitigen. Der wichtigste dieser kritischen Punkte ist der Widerstand der baltischen Staaten gegen eine Garantie. Die „Times“ beantwortet in Erläuterung der Ausführungen Chamberlains im Unterhaus die Frage, wie man die Abneigung der drei mit Namen genannten Staaten Finnland, Estland und Lettland gegen eine Sowjetgarantie aus der

Welt schaffen könnte, folgendermaßen: „Die gewissen Staaten, die Herr Chamberlain als einer Annahme einer offenen Garantie abgeneigt beschrieb, sind in erster Linie die baltischen Staaten Finnland, Estland und Lettland. Sowjetrußland wünsche ihre Garantie, weil ein Angriff auf einen dieser Staaten die Sowjetrußland bedrohen würde.“

Man hat nun eine neue Formel für die Baltischen Staaten gefunden, um sie doch noch in das Einkreisungssystem einzuschalten. Die neue Formel geht darauf hinaus, die Ablehnung der drei Staaten und anderer, die nicht genannt werden, einfach anzuerkennen, indem man zwischen England, Frankreich und Sowjetrußland eine Vereinbarung schließt, welche aus diesen Staaten gewissermaßen „Quupstaaten“ der drei Mächte macht.

England bietet die drei Baltischen Staaten also gewissermaßen den Sowjets als Preis für ihre Waffenhilfe an und hofft, daß Moskau auf diesen Köder anbeißt.

Sowjetrußische Flottenmanöver

In der Ostsee und im Schwarzen Meer

Nach Meldungen Moskauer Zeitungen fanden in der Ostsee umfangreiche Manöver der Roten Flotte statt, an denen Linienkrieger, Kreuzer, Torpedoboots und U-Boote teilnahmen. Der erst vor kurzem ernannte Volkskommissar für die Kriegsmarine, Admiral Kusnezow, nahm persönlich an den Übungen teil und beaufsichtigte anschließend auch die Truppen des Küstenbüros.

Das Organ des Kriegsmarinekommissariats „Krasny Flot“ berichtet ferner von Manövern sowjetrußischer Kriegsschiffe im Schwarzen Meer.

Belgien gegen Geheimbündnisse

Ministerpräsident Pierlot betont den belgischen Friedenswillen

Der belgische Ministerpräsident Pierlot gab während der außenpolitischen Konversationsrunde eine programmatische Erklärung über die belgische Außenpolitik ab. Er wies einleitend darauf hin, daß es der Hauptzweck der belgischen Außenpolitik sei, den Krieg von belgischem Gebiet fernzuhalten. Belgien sei entschlossen, alle seine Grenzen sowohl in Europa als auch in Afrika zu verteidigen. Belgien lehne von vornherein den Gedanken ab, im Dienste einer Politik, die nicht ausschließlich belgisch wäre, die Schrecken des Krieges auf belgisches Gebiet herabzubeschwören.

Aus diesem Grunde wolle es sich nicht in Bündnisverpflichtungen einlassen, die die Gefahr mit sich brächten, daß Belgien in einem Konflikt zu den Waffen greifen müßte, in dem die belgischen Interessen nicht auf dem Spiele ständen. Wir wollen nicht, daß unsere Mitwirkung wegen einer zwischen zwei ausländischen Staaten an irgendeiner Stelle Europas entstandenen Streitigkeit in Anspruch genommen wird, indem rechtliche Verpflichtungen angegriffen würden, die zu unserem Friedenswillen in Widerspruch stehen würden.

Pierlot setzte sich dann mit den Begriffen „Unabhängigkeit“ und „Neutralität“ auseinander und erklärte, daß die belgische Regierung an dem Wort „Unabhängigkeit“ festhalten wolle, da der Begriff der Neutralität zweideutig sein könnte. Das bedeute also, daß Belgien in jedem Konflikt, in dem das Leben des Landes, die Respektierung seines Gebietes und seiner Lebensrechte nicht auf dem Spiele ständen, eine praktische Neutralität (neutrality de fait) befolgen müsse. Es bedeute ferner, daß Belgien nicht unter dem Deckmantel einer angeblichen Unabhängigkeitspolitik eine Politik von Geheimnissen verfolgen würde.

Anschließend wies Pierlot den in letzter Zeit von

einigen Kreisen Belgiens und des Auslandes entfesselten Fehlbildung für eine Rückkehr Belgiens zum englisch-französischen Bündnisystem zurück. Er betonte, daß die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit besteht, daß Belgien in einem zukünftigen Konflikt verstimmt bleiben würde, vorausgesetzt, daß es sich nicht von vornherein die Hände nach der einen oder anderen Seite binden würde. Ein Militärbündnis würde für Belgien mehr Gefahren als Vorteile mit sich bringen. Im übrigen hätten sich die Umstände seit den Zeiten des belgisch-französischen Bündnisses gewandelt.

In diesem Zusammenhang ging der Ministerpräsident auf die Forderungen gewisser Kreise ein, für den Fall einer Invasion in Holland ein Militärbündnis mit Holland abzuschließen, und ausländischen Truppen, die Holland zu Hilfe eilen wollten, das Durchmarschrecht durch belgisches Gebiet zu gewähren. Pierlot betonte, daß ein solches Bündnis von der holländischen Regierung bereits abgelehnt worden sei, und daß Belgien denselben Standpunkt vertrete, da dadurch nur unnötige Gefahren entstehen würden.

Der Ministerpräsident erklärte dann, daß Belgien zwar die Sympathiegeföhle für die Länder, mit denen es sich am meisten verbunden fühle, aufrechterhalte, daß aber eine internationale Politik nicht ausschließlich auf dem Gefühl aufzubauen werden könne. Belgien wolle gegenüber allen seinen Nachbarstaaten korrekte und friedliche Beziehungen einhalten. Er worte das belgische Volk vor der Gefahr, sich übertrieben in den Konflikt der Weltanschauungen hineinzulassen. Belgien dürfe sich nicht zum Zeuf der Länder aufwerfen, wo man anders denke. Abschließend sagte der Ministerpräsident, man müsse sich zwar auf längere Zeit an das Vorhandensein von Gefahren gewöhnen, aber gleichzeitig müsse so gearbeitet werden, als ob Belgien eine lange Periode des Friedens vor sich habe.

Der Führer auf dem Kyffhäuser Kranzniederlegung am Hindenburg Ehrenmal

Der Führer beauftragte den Kyffhäuser und legte am dem neuerrichteten Hindenburg-Ehrenmal einen Kranz nieder.

Anschließend beauftragte der Führer die Burg Kyffhäuserhäuser, wobei Gruppenführer General der Infanterie Reinhard die Ausgrabungsarbeiten erläuterte.